

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Freiwilliges Soziales Jahr Politik**

Das „Freiwillige Soziale Jahr“ (FSJ) bietet die Möglichkeit, sich in einer entscheidenden Phase des Lebens neu zu orientieren und soziale Verantwortung zu übernehmen. Durch die Einführung eines FSJ im Bereich Politik könnte dieses Anliegen sinnvoll ergänzt werden. Ein „Freiwilliges Soziales Jahr Politik“ bietet die Möglichkeit für junge Menschen, Strukturen, Aufgaben und Arbeitsabläufe politisch relevanter Institutionen kennenzulernen. Ein FSJ im Bereich Politik kann ein weiterer wichtiger Baustein sein, um Jugendliche für Politik zu begeistern, das Verständnis von und für Politik zu fördern und Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. In anderen Bundesländern, wie z. B. in Sachsen (2003), Sachsen-Anhalt (2008) und Niedersachsen (2009), wurde das „Freiwillige Soziale Jahr Politik“ bereits eingeführt und hat sich etabliert.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. zu prüfen, inwieweit Plätze für das „Freiwillige Soziale Jahr Politik“ zusätzlich oder im Rahmen der bisherigen Plätze des Freiwilligen Sozialen Jahres im Land Bremen eingerichtet werden können und
2. bei politischen Organisationen und Stiftungen und Einrichtungen der politischen Bildung dafür zu werben, dass Plätze für das „Freiwillige Soziale Jahr Politik“ zur Verfügung gestellt werden und
3. zu prüfen, ob auch in der öffentlichen Verwaltung der Freien Hansestadt Bremen und seinen Stadtgemeinden sinnvolle Möglichkeiten zur Ableistung des „Freiwilligen Sozialen Jahres Politik“ geschaffen werden können und
4. der Bürgerschaft (Landtag) in drei Monaten nach Beschlussfassung Bericht zu erstatten.

Mustafa Öztürk,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Karin Garling,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD